Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 38

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kleiner Lebenslauf

ALEXANDER TRIFONOWITSCH TWARDOWSKIJ

Geboren im Jahre 1910 im Dorf Sagorje, Bezirk Smolensk, als Sohn eines Schmides. Seit der Zeit der Kollektivierung (1932) Korrespondent der Parteipresse und Propagandist der Kolchossysteme. 1938 absolvierte er die Hochschule für Geschichte, Philosophie und Literatur in Moskau. Im Jahre 1941 erhielt er die Stalin-Prämie für seine Dichtung «Das Land Murawia». Kriegsberichterstatter im Krieg gegen Finnland und Polen und weiterhin im Zweiten Weltkrieg. Die zweite Stalin-Prämie erhielt er für das Buch «Wassilij Tjorkin», ein Buch vom russischen Soldaten. Zum drittenmal wurde er für das Buch «Das Haus am Wege» ausgezeichnet.

Den Lenin-Orden und die Lenin-Prämie vom Jahre 1961 unterstreichen seine hohe Stellung in der Sowjethierachie. Seit 1961 ist er Kandidat des ZK der KPdSU. Nach neunjähriger Arbeit veröffentlichte er in der «Iswestija» die satirische Dichtung «Tjorkin im Jenseits», eine Fortsetzung des Soldatenbuches «Wassilij Tjorkin». Twardowskij ist der Herausgeber der Literaturzeitschrift «Nowij Mir», Organ des Schriftstellerverbandes der Sowjetunion. Trat für die von der Partei angegriffenen Schriftsteller Solshenizyn, Jewtuschenko und Wosnesenskij ein. Ein guter Taktiker in der Auseinandersetzung der Künstler und der Partei. Meinte er doch: «Kanonen rollen rückwärts ins Gefecht.»

einander, nur die Begünstigten dürfen von einem Turm der sozialistischen Welt in die kapitalistische Welt blicken um befriedigt feststellen zu können: «drüben ist Anarchie, bei uns die wissenschaftliche Ordnung. Drüben wanken die Grundlagen, bei uns sind sie fest. Drüben ungeordnete Masse, bei uns straffe Kolonnen.»

Die milde und freundliche Aufnahme von Twardowskis Gedicht durch Chruschtschew ist um so überraschender, als er im März ein rohes und kategorisches «njet» für diejenigen übrig hatte, die an der düsteren Vergangenheit arbeiten wollen: «Man erzählt, dass bei den Zeitschriften und Verlagen viele Manuskripte über das Leben der Menschen in der Verbannung, in den Gefängnissen und Lagern einlaufen. Ich wiederhole noch einmal, das ist ein sehr gefährliches Thema, ein schwieriges Material... Hier kommt es darauf an, Mass zu halten.»

Sartre war vom Empfang Chruschtchews ganz entzückt und erklärte in einem Interview für die «Literaturnaja Gaseta»: «Ich bin überzeugt, dass wir eine solche Einladung in einem westlichen Land nicht erhalten hätten. Kein einziges westliches Staatsoberhaupt interessiert sich so sehr um die Probleme der Kultur und der Literatur». Es ist schwer zu enträtseln, wie der französische Schriftsteller diese Worte gemeint hat. (Anspielung auf die Einmischungen Chruschtschews?) Die Sorge Chruschtschews für die Literatur brachte für einige sowjetische Schriftsteller, wie Pasternak, Jaritza und andere, ziemlich harte Folgen mit sich.

Die Leningrader Konferenz zeigt aber, dass der im März angekündete scharfe Kurs in der Kulturpolitik sich nicht durchsetzen konnte. Seit Januar ist jetzt der erste Artikel von Ehrenburg erschienen. Man spricht in Moskau davon, dass Chruschtschew den arg kritisierten Schriftsteller persönlich zur Fortsetzung seiner «Memoiren» ermutigt habe. Viktor Nekrassow, dessen Ausschluss aus der Partei von den Parteichefs persönlich angekündigt wurde, ist noch immer Mitglied der KPdSU, wie an der Konferenz bekanntgegeben wurde. «Nowij Mir» hat eine Erzählung des verpönten Scholschenizins veröffentlicht. Natürlich wurde eine allgemeine und grundsätzliche Aenderung damit nicht angedeutet, aber auf alle Fälle haben die Schriftsteller der Sowjetunion gegenüber der Parteileitung durch ihre Standhaftigkeit einen Sieg errungen.

Erziehung

CSSR

2 Millionen Bücher fehlen

In der CSSR hat das neue Schuljahr mit einem Fehlbestand von zwei Millionen Schulbüchern begonnen. Ein Teil der Bücher hätte von der sogenannten DDR geliefert werden sollen.

Diese Angaben machte Erziehungsminister Frantisek Kahuda in einer Sendung von Radio Prag, die von Radio Freies Europa abgehört und ausgewertet worden ist.

In einer Sendung von Radio Pressburg wurde darauf hingewiesen, dass sich die Auslieferung von Schulbüchern, die rechtzeitig zum Beginn des Schuljahres in der vergangenen Woche hätte erfolgen sollen, verzögere und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in der DDR bestellten Bücher ausgeblieben seien.

Darunter befindet sich ein Lehrbuch der russischen Sprache, das nun erst Ende September geliefert werden soll, und ein Lehrbuch der Physik, das nicht vor Oktober eintreffen wird.

Die tschechoslowakische Regierung sieht sich aber auch noch einem anderen Problem gegenüber, nämlich dem Mangel an Lehrern.

Kahuda versprach, dass dieser Mangel in den nächsten Jahren behoben sein wird, wies aber darauf hin, dass die Lösung dieser Frage bereits ein neues Problem enthalte. Da die Zahl der schulpflichtigen Kinder in den nächsten Jahren nämlich stark absinkt, werden viele der Lehrer bis zum Jahre 1970 etwa nicht mehr voll beschäftigt werden können.

Im Augenblick besuchen fast drei Millionen Schüler die verschiedenen Schultypen in der CSSR, das heisst mit anderen Worten, dass fast jeder vierte Bürger die Schulbank drückt.

Bevölkerung

Ungarn

Sinkende Geburtszahlen

Die Geburtenzahl in Ungarn, die ohnehin bereits zu den niedrigsten in Europa zählt, ist im vergangenen Jahr erneut gesunken. Wie aus den Angaben im neuen Statistischen Jahrbuch hervorgeht, wurden 1962 130 060 Lebendgeburten verzeichnet, mithin rund 10 000 weniger als im Vorjahr.

Damit setzte sich die fallende Tendenz fort, die nach 1954 begann, als die Rekordzahl von 223 347 Lebendgeburten verzeichnet worden war.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist die alarmierende Zunahme legaler Schwangerschaftsunterbrechungen, die sich pro Jahr auf etwa 200 000 beliefen. Zugleich mit dem Absinken der Geburtenziffer wurde ein Ansteigen der Sterbeziffer im vergangenen Jahr festgestellt: 1962 starben demnach nicht weniger als 108 259 Personen. Damit stellte sich der Bevölkerungszuwachs auf 21 801, die niedrigste Zahl seit Jahren, also auf 2,1 Promille. Im Statistischen Jahrbuch heisst es jedoch, die Ungarn lebten länger. So habe im vergangenen Jahr die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern 65,2 Jahre betragen — verglichen mit nur 58,8 Jahren um 1948/49 — und bei den Frauen 69,6 Jahre gegenüber 63,2 Jahre im Zeitraum 1948/49.

Flucht

Ungarn

Arme Flugzeugdiebe

Nicht nur ist es in Ungarn unmöglich, einen Zugsüberfall nach englischem Muster zu organisieren (siehe letzte Nummer), man kann auch kein Flugzeug stehlen. Das mussten drei junge Arbeiter einsehen, die ein solches Unternehmen im Sinne hatten, um nach dem Westen zu entkommen.

Das Gewerkschaftsblatt «Nepszava» berichtet über den Vorfall:

Drei Jugendliche wollten vom Flugplatz ein Flugzeug stehlen, um damit nach dem Westen zu flüchten. Alle drei waren Arbeiter, einer von ihnen Sohn eines hochangesehenen Grossbetriebsdirektors und Sekretär für Organisationsfragen des Kommunistischen Jugendverbandes. Ursprünglich hatten sich sechs Jugendliche am Fluchtplan beteiligt, aber drei traten später zurück. Die jungen Leute bewaffneten sich mit Messern, da sie sich keine Schusswaffen anschaffen konnten. Vor dem beabsichtigten Flugzeugdiebstahl unternahmen sie einen Probeflug von Budapest gegen die österreichische Grenze nach Szombathley (wie sie dazu gekommen sind, wird nicht gesagt), überzeugten sich aber dabei von der Aussichtslosigkeit des Vorhabens. Darauf entschlossen sie sich, den Zug zu nehmen (wobei sie offensichtlich erwischt wurden).

Die Berichterstattung zeigt einmal mehr das Bestreben, Fluchtversuche nach dem Westen als Folge jugendlicher Abenteuerlust zu bagatellisieren, wie das seit mehr als einem Jahr Mode ist (vorher wurde die verbrecherische Verworfenheit der Flüchtlinge in ostdeutschem Stil angeprangert). Aber die Meldung zeigt auch etwas anderes: Dass es zur gleichen Zeit, da die Repatriierungspropaganda auf Hochtouren läuft, immer wieder Ungarn gibt, die fliehen wollen. Und es sind nicht reaktionäre Anhänger des früheren Systems, sondern Vertreter der kommunistischen Arbeiterjugend.

Das gegenwärtige Bild von Wohnblöcken in einem Moskauer Vorort.

Soziales

UdSSR

Neue Wohnbauprojekte für Moskau

Vor etwas mehr als einem Jahr beauftragte das Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjets das Moskauer Institut für Typen- und Experimentalprojektierung und das Forschungsinstitut für Experimentalprojektierung im Wohnungsbau bei der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR mit der Ausarbeitung des Projektes eines Experimentalwohnbezirkes. Das Projekt sieht Wohngebilde für 6000, 8000 und 12 000 Einwohner mit zwei- und dreistufigen Versorgungssystemen vor. Ausgehend von dem geplanten Lebensstandard der Sowjetmenschen für 1970 bis 1972 wurde eine Wohnflächennorm von 11,5 Quadratmetern je Person angenommen. Der Bezirk ist für 45 000 Einwohner gerechnet. Für sie sollen Wohnhäuser mit einer Gesamtwohnfläche von 520 000 m² gebaut werden.

Rund 10 bis 15 Prozent dieser Wohnfläche entfallen auf viergeschossige Gebäude, ungefähr die Hälfte auf neungeschossige Bauten und der restliche Teil auf sechzehngeschossige Bauten und darüber. Dieser gemischte Charakter der Bebauung macht sie schöner und wirtschaftlicher. Für die vier- und neungeschossigen Wohnhäuser ist die Plattenbauweise, für die sechzehngeschossigen die Platten- und Skelettbauweise und für die noch höheren Bauten die Skelettbauweise vorgesehen. In allen Wohn- und Gesellschaftsbauten sollen unifizierte Konstruktionen, wie sie von den Moskauer Werken hergestellt werden, verwendet werden.

Versorgung

SBZ

Nur schlanke Frauen?

Mit der Frage «Ob es bei uns nur schlanke Frauen gibt?» wandte sich ein Bürger der Stadt Anklam (Brandenburg) an das offizielle Organ des Ministeriums für Handel und Versorgung in Ostberlin, «Die Handelswoche». In der Anfrage schilderte er seine Erfahrungen bei Versuchen, für seine Frau ein Sonntagskleid oder ein Jackenkleid der Grösse «K 50» zu erwerben. In Anklam selbst war das nicht möglich. Auf einer Urlaubsfahrt mit dem Wagen «war es möglich, in zwölf Städten der DDR (Wittenberg, Erfurt, Gotha, Oberhof, Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen, Naumburg, Rudolstadt, Liebenstein, Jena, Salzungen) nach einem Kleid der Grösse ‚K 50' zu fragen». (Der gute Mann hatte auf seiner Reise den grössten Teil des Gebietes des SBZ durchmessen.)

Er habe zusammen mit seiner Frau, berichtet der Herr aus Anklam weiter, an die «Handelswoche», 28 Verkaufsstellen, darunter drei «Exquisitläden» (Spezialgeschäfte für Importwaren), «durchgearbeitet». 80 Prozent der Verkaufsstellen hätten sofort die Auskunft zur Hand gehabt, Grösse «K 50» sei nicht da und komme auch «nur selten 'rein». 20 Prozent der Verkaufsstellen hätten zwar Einzelstücke zum Verkauf angeboten, «jedoch entsprachen Dessin, Machart und Ware nicht unseren Wünschen». Resigniert schloss der Anklamer Bürger seinen Bericht an die «Handelswoche» mit der Feststellung, er habe «nicht allzuviel vom Fortschritt gemerkt».

Aussenhandel

Sowjetunion/Ghana

Retourflug

Die ghanesische Regierung brauchte über ein Jahr zäher Verhandlungen, ehe sie die Sowjetunion zur Rücknahme von vier Turboprop-Passagierflugzeugen des Typs Ilyushin 18 bewegen konnte. Insgesamt acht Maschinen dieses Typs und ein Flugzeug des sowjetischen Typs Antonow 12 waren um die Jahreswende 1960/61 von Ghana gekauft worden. Der Kauf wurde durch ein verlockendes sowjetisches Kreditangebot in Höhe von 15 Millionen Pfund (rund 42 Millionen Dollar) ermöglicht. Bald nachdem aber die Maschinen aus der Sowjetunion geliefert worden waren, wurden sie von der Luftwaffe, für die sie ursprünglich bestimmt waren, an die zivile Luftfahrtgesellschaft Ghanas, die «Ghana Airways», abgegeben. Hier erwies sich, dass die Flugzeuge des Typs Ilyushin 18 bei den Passagieren unbeliebt waren. Sie waren auf ihren Flügen oft nur mit drei bis vier Fluggästen besetzt und erwiesen sich als unrentabel. Seit über einem Jahr standen die IL 18 meist unbenutzt auf den Abstellplätzen des Flughafens von Accra herum und kosteten Geld. Die «Ghana Airways» kaufte inzwischen für ihren Liniendienst britische Turboprop-Maschinen des Typs Bristol «Britannia».

Wirtschaft

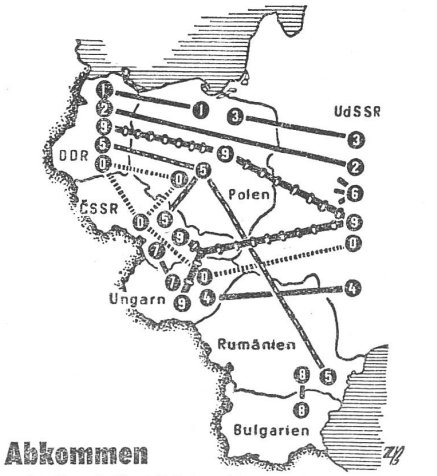
Ostblock

Zusammen oder einzeln?

Im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon), der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, mehren sich die multilateralen Produktionsverträge. Aber mit der Spezialisierung von bestimmten Erzeugnissen auf die einzelnen Staaten mehren sich auch die nationalen Widerstände, da kein Staat irgendeinen Zweig seiner Industrie zugunsten eines anderen Landes abzutreten gewillt ist. Häufig erhebt sich deshalb die Frage, warum nicht schon der Aufbau der Industrie bei den Mitgliedstaaten in Hinsicht auf die «gegenseitige Zusammenarbeit» erfolgt ist, warum nicht die nationale Entwicklung nicht schon von Beginn an im ganzen Ostblock koordiniert wurde. Es sei daran erinnert, dass die «Empfehlungen» des Comecons noch jetzt keine bindende Kraft haben; das Traktandum wurde noch bei der letzten RGW-Tagung dieses Sommers in Moskau aufgeschoben.

Eine autoritative SBZ-Verlautbarung ist jetzt wieder Anlass, diesen Fragen nachzugehen, wobei der Vergleich zwischen den angegebenen Gründen und einigen nachweisbaren Tatsachen besonders aufschlussreich ist.

Zusammenarbeit der RGW-Länder



Abkommen

zur Entwicklung der Braunkohleförderung (1) und der chemischen Industrie (2), über die Produktion von Kalidünger (3) sowie Tonerde und Aluminium (4), über den Bau des Zelluloidkombinats (5), der Kingisepp-Phosphoriten-Grube (6) und eines Kraftwerkes an der Donau (7), über Projektierung eines Donaukraftwerkes (8), Zusammenarbeit beim Bau der Erdölleitung „Freundschaft" (9) und des Vereinigten Energiesystems (0).

Die Kooperationsverträge der RGW-Länder in einer Zeichnung der «Berliner Zeitung», Ostberlin.

Chruschtschew (in jugoslawischer Bergmannstracht) wünscht gemeinsame Förderung der Schätze durch alle kommunistischen Länder Europas.

Ueber der nationalen Souveränität der einzelnen sozialistischen Länder stünden die «gemeinsamen Interessen des sozialistischen Weltsystems», erklärte der stellvertretende Sowjetzonen-Aussenminister Paul Wandel vor Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wandel, der den «sozialistischen Internationalismus» als eine «Weiterentwicklung des proletarischen Internationalismus auf qualitativ höherem Niveau» bezeichnete, räumte ein, dass die Verwirklichung solch neuer Prinzipien, wie der Ueberordnung der gemeinsamen Interessen des sozialistischen Weltsystems über die nationale Souveränität der einzelnen Länder, «nicht von heute auf morgen möglich ist». Das bedürfe vielmehr einer längerer Zeit. Die Politik der einzelnen sozialistischen Staaten müsse «unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten zum allmählichen Zusammenwachsen der Wirtschaft der Staaten des sozialistischen Lagers führen». Die gemeinsamen Pläne, die Kooperation und Spezialisierung der Industrie der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sei sehr kompliziert und bedürfe einer klugen Politik.

Auf Fragen, warum nicht bereits früher mit der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Abstimmung der Perspektivpläne der RGW-Staaten begonnen worden sei, erklärte der stellvertretende Sowjetzonen-Aussenminister, die Länder hätten zunächst «einige objektive und subjektive Voraussetzungen» schaffen müssen:

1. müsste in jedem Land eine beachtliche industrielle Entwicklung vorhanden sein;
2. war eine tiefgreifende sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern erforderlich;
3. erforderte die Existenz des imperialistischen Lagers neben der militärischen Geschlossenheit auch eine geschlossene ökonomische Front der sozialistischen Länder, und
4. ist eine schnellere ökonomische Entwicklung aller sozialistischen Länder erforderlich, um die Politik der friedlichen Koexistenz erfolgreich durchsetzen zu können.

Zu dieser Erklärung sei bemerkt, dass die Argumentation des SBZ-Ministers bezüglich der verspäteten Koordinierung der Produktion den Tatsachen nicht entspricht. Der RGW wurde bereits im Jahre 1949 als Gegenstück des Marshallplanes gegründet, daher auch die Benennung «Gegenseitige Wirtschaftshilfe». Moskau wollte damit die Satellitenstaaten für ihr aufgezwungenes Fernbleiben vom amerikanischen Projekt wenigstens auf dem Papier kompensieren. Wie bekannt, musste die damals noch nicht ganz kommunistische Tschechoslowakei ihre Zusage auf sowjetischen Druck wieder zurückziehen.

Nachdem dieses Ziel erreicht war, mass die UdSSR dem RGW nicht die geringste Bedeutung zu. Sie geriet in Vergessenheit und gab fast kein Lebenszeichen, da Moskau überhaupt kein Interesse hatte, den kommunistischen mitteleuropäischen Ländern irgendwelche Wirtschaftshilfe zu leisten. Erst als die europäische Integration sich zu konkretisieren begann, wurde diese eigentlich für Wirtschaftshilfe gegründete Organisation aus der Vergessenheit hervorgehoben und als Gegenstück der EWG und Efta zur Spitzenorganisation der Ostblockintergration erklärt. Bezeichnenderweise hatte der RGW erst jetzt Statuten erhalten, in denen nur über die Koordinierung der Produktion, nicht aber über irgendwelche «Wirtschaftshilfe» die Rede ist.

Die Behauptung, dass vorher eine tiefgreifende sozialistische Umgestaltung aller Landwirtschaften nötig gewesen wäre, ist auch falsch, denn in Polen ist die Landwirtschaft noch immer nicht verstaatlicht, und der Grundbesitz ist zu etwa 86 Prozent noch immer in privatbäuerlichen Händen.

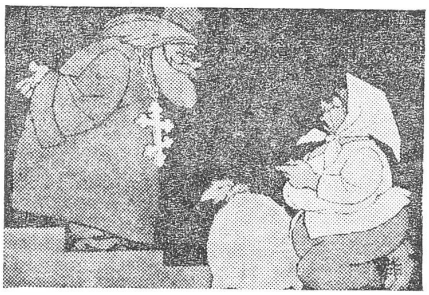
Religion

Sowjetunion

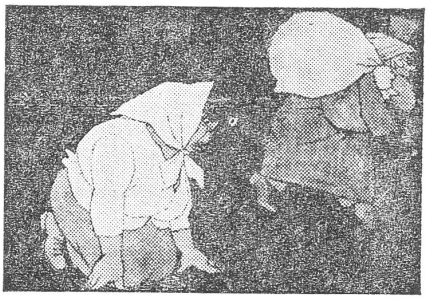
Zugenommen

hat trotz allem Tauwetter in der Sowjetunion die atheistische Propaganda, oft verbunden mit entsprechenden Massnahmen. Dazu gehören die in den letzten Monaten heftiger gewordenen Kampagnen gegen den Mohammedanismus in den asiatischen Republiken der UdSSR. Sie hatten Schliessungen von Moscheen und strafrechtliche Verfolgung von Eltern zur Folge, die ihre Kinder religiös unterweisen liessen. Gegen die christlichen Kirchen geht man namentlich in den baltischen Staaten nach wie vor mit äusserster Energie vor. Auch dort werden Gotteshäuser «auf Wunsch der Bevölkerung» in Klubs oder andere öffentliche Lokalitäten umgewandelt.

Der Nachweis der gesteigerten Hetze lässt sich aber nicht zuletzt an der Flut von gedrucktem Material erbringen, die von Jahr zu Jahr weiter ansteigt. Die letzte Ausgabe der atheistischen Zeitschrift «Nauka i Religija» (Wissenschaft und Religion) belegte die Sachlage mit folgenden eindrücklichen Vergleichszahlen: 1954 wurden 119 verschiedene Bücher und Broschüren für die atheistische Propaganda veröffentlicht. Letztes Jahr waren es bereits 355. Die Gesamtauflage dieser Werke betrug 1954 noch knapp zwei Millionen Exemplare (oder eines auf 100 Einwohner), 1962 aber bereits fast fünfeinhalb Millionen. Dabei sind die recht regelmässigen Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften erst noch dazuzurechnen. Unser Beispiel stellt eine karikaturistische Abwandlung des Faust-Zitats dar: «Die Kirch' allein, meine lieben Frauen, kann ungerechtes Gut verdauen.»



«Schrecklich, Vater, das habe ich gestohlen.»



«Nun, dazu sind wir da, um eure Sündenlast zu tragen.» («Krokodil»)

Landwirtschaft

Ostblock

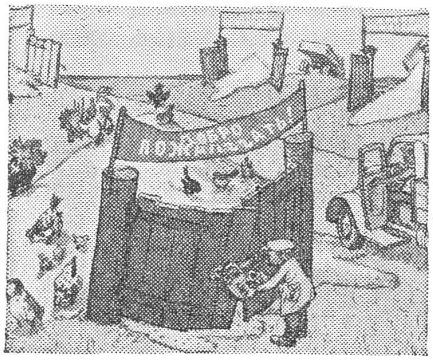
Die Knappheit

Die Getreideeinkäufe der Sowjetunion aus dem Westen (rund acht Millionen Tonnen aus Kanada und Australien) haben die schlechte Versorgungslage des Ostblocks beleuchtet, wo anscheinend eine schlechte Ernte genügt, um eine Krise hervorzurufen, genau das also, was die Planwirtschaft angeblich beseitigen sollte.

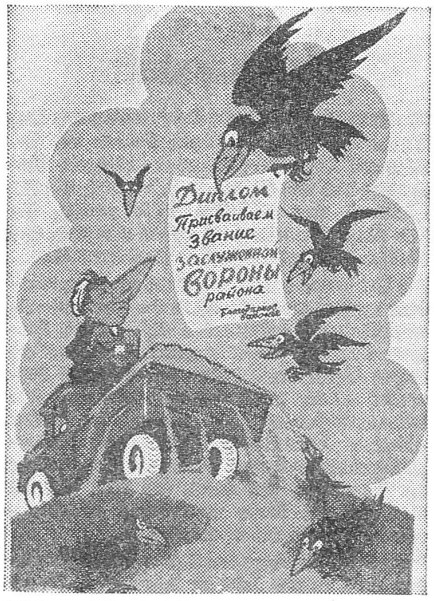
Die Sowjetunion steht mit ihren ungenügenden Ernteergebnissen nicht allein da. Fast alle osteuropäischen Länder sehen sich diesem Problem ebenfalls gegenübergestellt. Insbesondere klagen Ungarn und Polen (wo es Mitte September wieder zu Preissteigerungen auf dem Lebensmittelsektor gekommen ist) über schlechte Landwirtschaftserträgnisse. Ueberraschend ist in diesem Zusammenhang freilich die Ausnahme, die durch die SBZ gebildet wird, wo die Ernte anscheinend verhältnismässig befriedigend ausgefallen ist.

Nun, Schwankungen im Ertrag des Agrarsektors kann es von Jahr zu Jahr geben. Zu erinnern aber ist, dass es mit der Landwirtschaft im kommunistischen System generell schlecht bestellt ist. Fast alle diese ehemaligen Gross-

Der Revisor spielt Versteckis: «eins, zwei, drei, ich komme...» («Krokodil», Moskau)



Wie man das Getreide lagert: «Rasch weg mit dem Schloss und die Ware in den nächsten Speicher (der Diebe) gefahren.» (Auf den Plakaten über den Getreidehaufen: «Bedienen Sie sich!»). (Eine «Krokodil»-Karikatur)



Diplom: Wir verleihen den Titel «Verdienter Rabe des Rayons». Mit Rabengruss. («Agitator», Moskau)

exporteure landwirtschaftlicher Produkte haben heute Mühe, ihre eigene Versorgung sicherzustellen. Die Reserven fehlen, die Verteilung ist schlecht. Ein ungünstiges Jahr genügt, um Rationierungsmassnahmen nach sich zu ziehen. Vor allem aber krankt das Kollektivsystem schon an der Produktion. Das Interesse der Bauern an der Bestellung der Kolchosgüter ist minimal, die ganze Aufmerksamkeit wird der Eigenerzeugung der Nebenwirtschaften gewidmet. Es ist das alte Lied in immer neuen Variationen.

Unser Memo

In der Tschechoslowakei, wo die Dinge seit diesem Frühjahr im Fluss sind, hat das Regime eine neuerliche Schlappe erlitten. Ministerpräsident Siroky und sechs Mitglieder seiner Regierung wurden gestürzt. Der Regierungschef (siehe Curriculum KB, Nr. 4), der zur stalinistischen Garde gehörte, ist auch aus dem ZK-Präsidium ausgeschlossen worden. Die Frage, ob auch die Stunde des Parteichefs und Staatspräsidenten Novotny geschlagen habe (siehe Memo, KB, Nr. 34), scheint somit durch eine Zwischenlösung beantwortet zu sein. Novotny hat Ballast abgeworfen, um der wachsenden Opposition im Lande und insbesondere unter der Intelligenz und im slowakischen Landesteil (siehe KB, Nrn. 25, 30, 33) Herr zu werden. Natürlich ist dies nicht die offizielle Lesart. Vorgeworfen wird den abgesetzten Bonzen vielmehr, dass sie die «Beschlüsse des Zwölften Parteikongresses (vom Dezember 1962) nicht realisiert» hätten. Diese Begründung hat sogar sehr vieles für sich, wie sich schon aus der Traktandenliste des besagten Kongresses ergibt, der in zwei Hauptpunkten die Lösung der wichtigsten Probleme nicht zu meistern vermochte: die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Entstalinisierung. Wirtschaftlich musste sogar eine neue Planungsperiode eingeführt werden (unvermittelte Umstellung vom Fünfjahresplan auf einen Siebenjahresplan), um Rückschläge zu verschleiern, und zahlreiche Reorganisationen sollten die Rentabilität der Produktion wieder erhöhen. Aber bis zum Sommer dieses Jahres war klar geworden, dass alles Bemühen wenig eingebracht hatte. Auch die modifizierten Pläne wurden nicht erfüllt.

Die Entstalinisierung hatte bis zum letzten Herbst (mit Ausnahme des Sturzes von Rudolf Barak, dem ehemaligen Innenminister) überhaupt nichts Greifbares gebracht. Novotny, der Stalinist, hatte natürlich seine guten Gründe, die Entwicklung in dieser Hinsicht zu hintertreiben. Jedenfalls stempelte der jetzt heuchlerisch erwähnte 12. Parteitag ausgerechnet Rudolf Slansky zum Sündenbock, der als Titoist 1952 hingerichtet worden war und diesen Sommer auf zunehmenden Druck der Intelligenz schliesslich rehabilitiert werden musste. Weder das neue Parteistatut, das sich die KPC im letzten Dezember gab, noch die zahllosen kurzfristigen Massnahmen darnach haben jedenfalls die Lage des Landes zu konsolidieren vermocht.

Aber obwohl die Versager der letzten Monate objektive Gründe für einen Regierungsumschwung in Hülle und Fülle ergeben würden, stimmt die Erklärung nur an der Oberfläche. Der Wind der Opposition, der sich im slowakischen Schriftstellerkongress dieses Frühjahrs schon so kräftig bemerkbar gemacht hatte, liess sich ganz einfach nicht mehr besänftigen. Novotny hatte zunächst versucht, der Kritik durch Diktat zu begegnen. Aber sie hatte zu starken Rückhalt in allen intellektuellen Kreisen des Landes, die sich zudem auf die Thesen Chruschtschews gegen die stalinistische Vergangenheit berufen konnte und viele Argumente des sowjetischen Kurses ins Feld zu führen vermochte. Dazu kam die slowakische Auflehnung gegen den tschechischen Landesteil, welche die allgemeine Gärungsstimmung kräftig förderte. Die Wochenzeitschrift «Kulturny Zivot» etwa, das Organ des slowakischen Schriftstellerverbandes, blieb trotz aller Einschüchterungsversuche ein Sprachrohr sowohl der slowakischen als auch der politischen Unzufriedenheit und forderte

OLDRICH CERNIK

Anstelle des abgesetzten Alois Indra (wird Verkehrsminister) zum neuen Präsidenten der staatlichen Planungskommission in der CSSR ernannt.

Geboren 1923 im Gebiet von Ostrava. Acht Jahre Volksschule, dann 1937 Eintritt in die Eisenwerke von Vitkovice, wo er bis 1949 als Facharbeiter beschäftigt ist.

Beitritt in die KPC zwischen 1945 und 1949. Bekleidet verschiedene Parteiposten, bis er Präsident der lokalen Parteiorganisation in Poruba bei Srinov wird. Zur Zeit des kommunistischen Staatsstreiches vom Februar 1948 ist er mit Mitglied eines Aktionskomitees der Nationalen Front, das mit der Säuberung nichtkommunistischer Elemente beauftragt ist. Während dieser Zeit soll er wirtschaftswissenschaftliche Studien betrieben haben.

Von 1952 bis 1956 bekleidete Cernik den Posten eines Parteisekretärs des Bezirks Ostrava. Im September 1956 wird er zum Sekretär der KPC ernannt und behält diese Funktion bis zu seiner Ernennung als Energieminister im Juli 1960. Beim jetzigen Regierungswechsel ist er nicht nur Planungschef, sondern auch stellvertretender Ministerpräsident geworden.

Nachfolger des gestürzten Ministerpräsidenten Siroky, der auch aus dem ZK-Präsidium ausgeschlossen wird, ist Josef Lenart, früherer Präsident des slowakischen Nationalrates.

immer resoluter ein Aufräumen mit den «Ueberresten des Personenkultes». (Die Schriftsteller spielen im Ostblock überhaupt die nennenswerteste Rolle im Ausdruck von Opposition, die ja auf rein politischer Ebene ausgeschaltet ist. Das ist auch der Grund, weshalb sich die KP immer so intensiv mit den Kulturträgern beschäftigen muss — siehe auch auf Seite 2 für die Sowjetunion.)

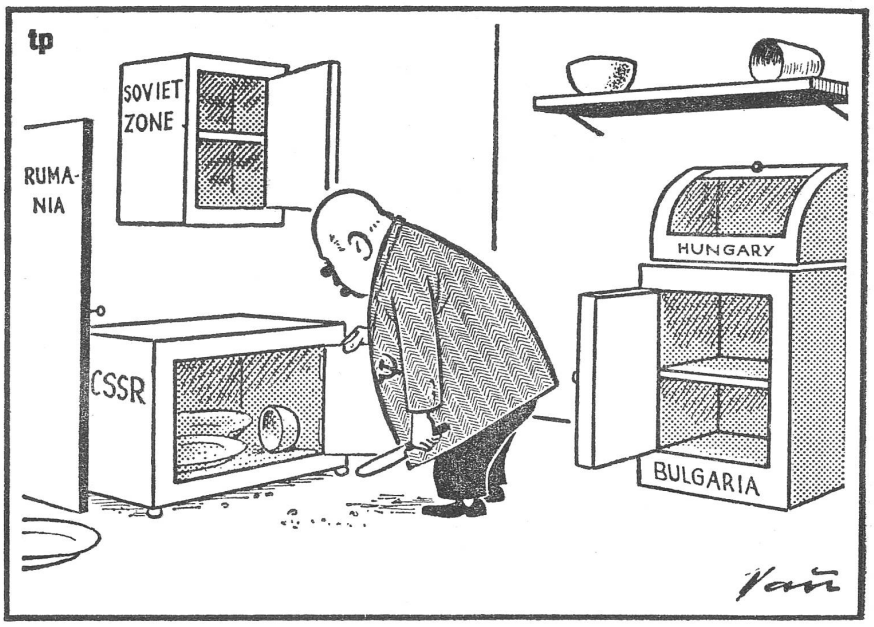
Jedenfalls hat Novotnys Entschluss, sich einiger belastender Mitarbeiter zu entledigen (wobei im Falle Sirokys noch eine alte Rivalität um die Präsidentschaft aus dem Jahre 1957 immer noch mitspielen könnte), seine eigene Stellung nicht klarer gemacht. Werden die Ereignisse hier haltmachen? Und werden sie — auch das ist eine Frage — sich nur auf die Tschechoslowakei beschränken? Schliesslich gibt es in Osteuropa ein stalinistisches Regime, das noch viel mehr Aergernis erregt: dasjenige Ulbrichts. Nicht, dass irgendetwas darauf schliessen liesse, seine Position sei intern irgendwie bedroht. Aber das gleiche hätte man vor einem Jahr auch von Novotny sagen können.

Die ersten Botschafterinnen Jugoslawiens

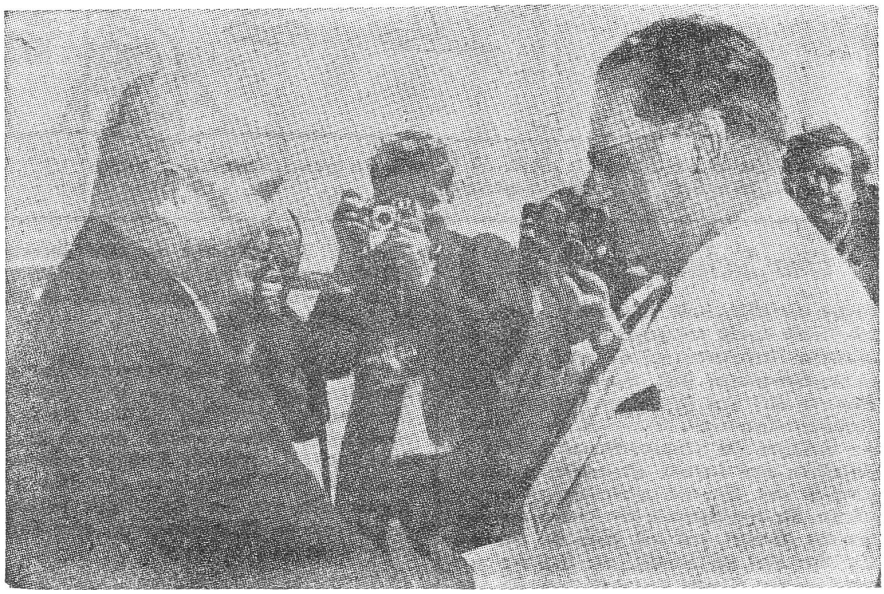
Die Schweiz ist mit Norwegen das erste Land, in das Jugoslawien einen weiblichen Botschafter entsendet.

Mara Raditsch (Bild links) löst in Bern Dr. S. Smodlaka ab. Geboren am 31. Juli 1915 in Mrkonjic Grad, Teilrepublik Bosnien und Herzegowina. Während des Zweiten Weltkrieges Aktivität für die Partisanenbewegung Titos. Am zweiten Kongress der «Jugoslawischen antifaschistischen Frauenfront» zur Sekretärin gewählt. Wird nach Kriegsende Redaktorin der Frauenzeitschrift «Zana danas» (Frau von heute). Wiederholt Abgeordnete im Landtag von Bosnien und Herzegowina. 1954 Uebersiedlung ins Aussenministerium, vom folgenden Jahre an bis 1958 Sekretärin in der ständigen Uno-Mission Jugoslawiens in New York. Wird darnach zum bevollmächtigten Minister im Belgrader Aussenministerium ernannt und behält diesen Posten bis zu ihrer gegenwärtigen Berufung. Mara Raditsch ist Mitglied der KP.

Frau Stana Tomaschewitsch (Bild rechts), die neue jugoslawische Botschafterin in Oslo, ist 42 Jahre alt und aus Montenegro gebürtig. Ihr Aufstieg erfolgte in den dortigen kommunistischen Jugendbewegungen. Im Aussenministerium, wo sie eine gewisse Zeit den Rang eines stellvertretenden Aussenministers bekleidete, arbeitet sie seit 1957.



Die Tschechoslowakei auch leer? Ein Glück, dass ich ausserhalb meines RGW-Hauses wieder einen guten Freund habe, der amerikanische Hilfe bezieht.



DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN: TSCHECHOSLOWAKEI

Die kommunistische Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (KPC) zählt nach offiziellen Angaben vom 1. Oktober letzten Jahres 1 680 819 Mitglieder und 92 230 Kandidaten. Etwas über 11 Prozent der Bevölkerung sind in der Partei zusammengefasst, die damit verhältnismässig zu den stärksten KPs der Welt gehört. In Böhmen und Mähren ist die Mitgliedschaft höher als in der Slowakei.

Die KPC besteht eigentlich aus zwei «gleichgestellten» Parteien: aus der KPC im engeren Sinne und der KP der Slowakei. Die letztere hat ein eigenes Zentralkomitee in Bratislava (Pressburg), welches aber im Sinne des «demokratischen Zentralismus» dem ZK der KPC direkt untergeordnet ist.

Die KPC hat die Macht im Februar 1948 als Minderheitspartei (wenn sie auch die einzige kommunistische Massenpartei in den heutigen Volksdemokratien darstellte) durch einen Staatsstreich übernommen und seither mit den Mitteln der totalitären Diktatur ihre eigene Position gefestigt. Die Nationale Front, ein Ueberbleibsel der unmittelbaren Nachkriegszeit, ist ein Zusammenschluss verschiedener Marionettenparteien. Sie wird ausschliesslich durch die KPC kontrolliert und geführt. Sie erzielte an den letzten Wahlen vom 12. Juni 1960 insgesamt 9 059 838 Stimmen, was 99,86 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht. Ungültig waren 12 819 Stimmen, und davon hatten sich 12 775 oder 0,14 Prozent gegen die Nationale Front ausgesprochen. Die KPC stellt sämtliche 300 Abgeordnete. In den Wahlen von 1946, die unter starkem sowjetischem Druck stattfanden, hatte die KPC 38 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.

Nauschki und der nasse Krieg

Der sowjetische Grenzbahnhof Nauschki ist zum vielbeachteten Zeichen dafür geworden, dass der Streit zwischen Moskau und Peking auch erheblich unter dem Niveau ideologischer Dispute ausgetragen wird. Nach sowjetischer Version haben dort chinesische Reisende nebst allerhand anderen Provokationen die Stationsräumlichkeiten als Bedürfnisanstalt benützt, ein Vorgehen, dass in der europäischen Ostblockpresse detailliert geschildert wurde. Die krasse jugoslawische Karikatur nimmt auf diesen Zwischenfall bezug.

Am Grenzbahnhof von Nauschki: «Halt, du Verräter am grossen chinesischen Volk.» («Politika», Belgrad, 15. September)

Der Schnappschuss

Gegen die chinesische Auffassung, der entscheidende Punkt der gegenwärtigen kommunistischen Revolution sei die «nationale Befreiungsbewegung» (der Entwicklungsländer), operierte «Uj Szo (Bratislava/Pressburg) mit dem bemerkenswerten Argument, dies sei auch das Anliegen der «Imperialisten»: «Die Imperialisten sind bemüht, die nationale Bewegung in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Sie operieren mit der Losung der ‚nationalen Einheit', und mit Hilfe der inneren Reaktion sind sie bemüht, die Existenz der verschiedenen Klassen zu verwischen. Die Politik der ‚nationalen Einheit' entspricht auch den Interessen der nationalen Bourgeoisie und den reaktionären Kräften der Entwicklungsländer. Der Nationalismus fördert auch den Antikommunismus.» Ein Zitat, das wert wäre, von Zeit zu Zeit wiederholt zu werden, besonders bei Diskussionen über Entwicklungsländer mit Kommunisten.

*

Wann wird die Sowjetunion die «Orientierung auf Amerika» nicht mehr nötig haben? Chruschtschew hat es gesagt, und zwar bei seinem letzten Aufenthalt in Jugoslawien (Rede in Split): «Erst dann, wenn die sowjetische Wirtschaft 1980 diejenige der USA übertreffen wird, und zwar nicht nur im (gesamthaften) Produktionsvolumen, sondern auch in der Pro-Kopf-Produktion.»

*

In Rumänien leidet die Versorgungslage an der Unausgeglichenheit des Warenangebots (übrigens fast überall ein Merkmal der kommunistischen Planwirtschaft). «Neuer Weg» (Bukarest) beleuchtet die Sachlage unter anderem mit folgendem Beispiel: «Im Obst- und Gemüseladen von Herkulesbad gibt es wohl jede Menge an Fleischkonserven, aber dafür weder Obst noch Gemüse.»

*

Das Milch- und Fleischgeschäft Nr. 5 von Petrozseny (Rumänien) hat eine besondere Attraktion: Fliegen, die auch die Kühlvitrine bevölkern. Auf die Frage eines Korrespondenten von «Elöre» (Bukarest), ob die mitzuverkaufen seien, habe der Geschäftsleiter nur die Achseln gezuckt.

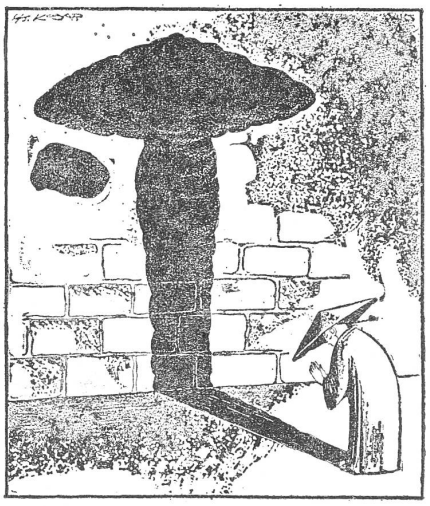
*

Ein schriftstellernder LPG-Bauer erregte in Ostberlin das Missfallen des ungelernten Maurers und «Zaunkönigs» der SBZ, Walter Ulbricht, weil er in einem Gedicht den Vers eingefügt hatte:
«Ich bin ein alter Geisbock, juhu!
Und trage meinen Bart am Kinn.»

An der Universität der Völkerfreundschaft «Patrice Lumumba» sind in diesem Jahr 600 ausländische und 100 sowjetische Studenten immatrikuliert worden. Damit studieren jetzt insgesamt 2600 junge Menschen aus mehr als 80 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an dieser Moskauer Universität.

*

Alle 20 SBZ-Schauspieltheater beginnen dieser Tage ihre neue Spielzeit. Grundlage ihres Repertoires sind Stücke sowjetischer Autoren. So inszeniert im akademischen Künstlertheater Boris Rawenkich die Bühnenfassung des zweiten Teils von Scholochows «Neuland unter Pflug». Ferner werden an diesem Theater Bearbeitungen der Romane «Dem Gewitter entgegen» von Daniel Granin und «Licht eines fernen Sternes» von Alexander Tschakowski vorbereitet. Michail Stelmach schreibt für das Wachtangow-Theater eine Bühnenbearbeitung seines Romans «Wahrheit und Lüge».



Die Anbetung seines Schattens. («Nova Makedonija»)

Der gallische Hahn und die chinesische Ente. («Krokodil»)

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.